

# Der Herr der Drohnen

## Kultur und Politik im Antidrohnenkampf



**Ort:** Berliner Compagnie,  
Muskauerstr. 20 a

**Zeit:** Sonntag 16.6. 2013,  
17 Uhr



**Mitwirkende:**

Klaus Eichner

Victor Grossman

Lühr Henken

Jean-Theo Jost

Shekib Mosadeq

Tereschkova Obaid

Gina Pietsch

Elsa Rassbach

Uwe Streibel

Laura v. Wimmersperg

**Veranstalter:**

- Gruppen der Friedenskoordination Berlin,
- Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. GBM

**Unterstützer:**

- Afghanischer Kulturverein
- COOP- Antikriegscafé
- Freidenkerverband Berlin

1. Eröffnung Victor Grossman
2. Herr der Drohnen - 1. Teil: Gina Pietsch
3. Musikalische Einlage: Gina Pietsch
4. Film: Leben unter Drohnen
5. Herr der Drohnen - 2. Teil: Tereschowa Obaid
6. Musikalische Einlage: Shekib Mosadeq
7. Victor Grossman, Klaus Eichner,  
Lühr Henken im Gespräch,  
Ausschnitte aus der Bundestags-  
debatte vom 31.1.2013
8. Musikalische Einlage: Jean-Theo Jost
9. Herr der Drohnen, 3. Teil: Jean-Theo Jost
10. Musikalische Einlage: Gina Pietsch
11. Rolle der BRD in der  
globalen Aufrüstung: Elsa Rassbach
12. Musikalische Einlage: Jean-Theo Jost/Gina Pietsch
13. Verabschiedung einer Resolution  
zur Einreichung in den Bundestag

Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

**Einsatz von Kampfdrohnen völkerrechtswidrig  
Pakistanisches Gerichtsurteil bestätigt Friedensbewegung  
Bundesregierung muss Drohnen-Pläne aufgeben**

*Kassel, 10. Mai 2013 - Gestern hat ein Gericht in Peschawar (Pakistan) festgestellt, dass US-amerikanische Drohnenangriffe in ihrem Land völkerrechtswidrig sind und ein Verbrechen darstellen. Zur Tragweite dieses Urteils äußerte sich ein Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag:*

Das Urteil des pakistanischen Gerichts verdient allergrößte Beachtung. Denn erstens wurden die seit Jahren praktizierten Drohnenangriffe der USA als grobe Verletzung des internationalen Rechts einschließlich des humanitären Kriegsvölkerrechts und als "Missachtung der staatlichen Souveränität Pakistans" gewertet. Zweitens wurde die pakistanische Regierung aufgefordert, diese Angriffe nicht länger zu tolerieren. Sollten die USA an ihrer Praxis festhalten, müsse Pakistan dazu übergehen, die US-Drohnen abzuschießen.

Es wäre fatal, würden die USA und die mit ihnen im "Krieg gegen den Terror" verbündeten NATO-Staaten das Urteil als irrelevant beiseite wischen, indem etwa auf die mangelnde Rechtsstaatlichkeit Pakistans verwiesen wird. Zu erinnern wäre dagegen an den mutigen Kampf der pakistanischen Justiz um ihre Unabhängigkeit in der Auseinandersetzung mit den ehemaligen Staatschefs Zardari und Gilani sowie mit dem amtierenden Premierminister Ashraf. Pakistans Richter haben sehr erfolgreich ihre Unabhängigkeit von der Exekutive verteidigt.

Bemerkenswert ist auch, dass sich das Gericht in Peschawar auf eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen stützt, die im März d.J. zu der Überzeugung gekommen war, dass die US-Drohnenangriffe die Souveränität Pakistans verletzen. Hinzu komme, dass bei den Angriffen regelmäßig auch unbeteiligte Zivilpersonen getötet würden. Nach Schätzung der New American Foundation, einem regierungsunabhängigen Institut, wurden in Pakistan seit 2004 mindestens 3.200 Menschen durch US-Drohnen getötet, ein Fünftel von ihnen waren zivile Opfer.

Das Gericht in Peschawar verlangt von der Regierung in Islamabad, sie möge sich direkt an die Vereinten Nationen zu wenden und die Einrichtung eines internationalen Kriegsverbrechertribunals verlangen. Außerdem müssten die USA Entschädigung für die Drohnenopfer bezahlen. Schließlich müssten die pakistanischen Streitkräfte angewiesen werden, US-Drohnen abzuschießen.

Die Friedensbewegung in Deutschland, die erst vor kurzem eine bundesweite Anti-Drohnen-Kampagne ins Leben gerufen hat, sieht in dem Gerichtsurteil von Peschawar eine Bestätigung der eigenen Rechtsauffassung, wonach der Einsatz von bewaffneten Drohnen völkerrechtswidrig sei. Das Bundesverteidigungsministerium, das bereits Vorbereitungen zur Beschaffung von Kampfdrohnen getroffen hat, sollte unverzüglich alle bisher getroffenen Vereinbarungen mit den USA aufkündigen. Zusammen mit Friedensorganisationen in den USA, Großbritannien und anderen Staaten soll erreicht werden, dass unbemannte bewaffnete Drohnen durch eine Konvention international geächtet werden - so wie das bei den Landminen und den Streubomben geschehen ist.

Quelle: [www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de)